



WACHSTUM DURCH INTEGRATION IN EUROPA

DIE POTENZIALE DES BINNENMARKTES ZUR ÜBERWINDUNG DER KRISE

PODIUMSDISKUSSION IM EUROPÄISCHEN HAUS

BERLIN | 15. OKTOBER 2012

Autoren:

Dr. Céline-Agathe Caro und Stefan Beierl

Team Politikdialog und Analyse

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

Konrad-Adenauer-Stiftung



Konrad
Adenauer
Stiftung



*Die Podiums-
teilnehmer und
Eröffnungsredner
der Veranstaltung*

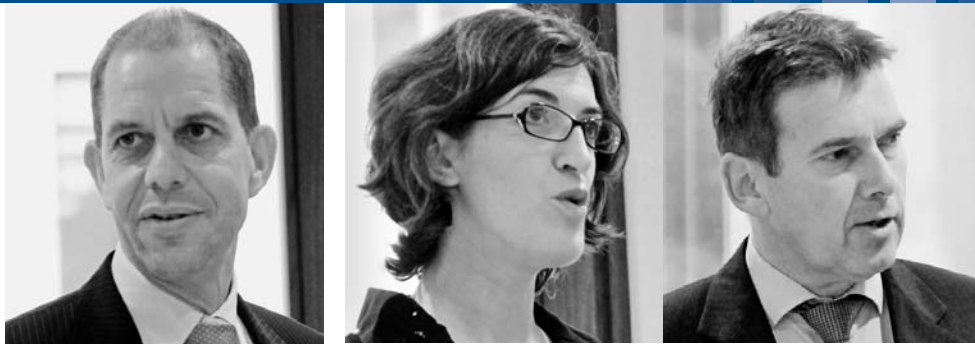
Der Binnenmarkt, eine der größten Errungenschaften der europäischen Integration, feierte im Jahr 2012 seinen zwanzigsten Jahrestag. Seit 1992 trägt er zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in den Mitgliedstaaten bei. Zwanzig Jahre später ist sein volles Potenzial diesbezüglich jedoch noch nicht ausgeschöpft. Laut EU-Kommissionspräsident José Manuel Durão Barroso ist er daher „unser größter Trumpf in der Krise“. Um diesen Trumpf auszuspielen, hat die EU-Kommission zwei umfangreiche Maßnahmenpakete („Binnenmarktake I“ im April 2011 und „Binnenmarktake II“ im Oktober 2012) vorgelegt. Angesichts der aktuellen Dynamik in der Binnenmarktpolitik nahmen die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS), die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland und die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) den zwanzigsten Jahrestag zum Anlass, um eine gemeinsame Podiumsdiskussion zu den Potenzialen des Binnenmarktes zu veranstalten. Dabei stand folgende Frage im Zentrum: Durch welche Maßnahmen und in welchen Bereichen kann der Binnenmarkt noch stärker zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit in der EU – und damit zur Überwindung der Schulden- und Wirtschaftskrise – beitragen?

Den Veranstaltern war es gelungen, ausgewiesene Experten zu gewinnen, um die Komplexität der gegenwärtigen EU-Diskussion widerzuspiegeln:

Matthias Petschke, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, Dr. Andreas Schwab MdEP, Mitglied im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament, Claudia Dörr, Leiterin der Abteilung Europapolitik im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, David Frost, Leiter der Abteilung Europa, Handel und Internationales im Wirtschaftsministerium Großbritanniens, Lutz Goebel, Präsident von „Die Familienunternehmer – ASU e.V. / Die Jungen Unternehmer – BJU“ in Berlin, und Prof. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft in Berlin.

Eingeleitet wurde die Veranstaltung durch Matthias Petschke, Dr. Gerhard Wahlers, stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung und Dr. Claire Demesmay, Leiterin des Frankreich-Programms der DGAP. Dr. Céline-Agathe Caro, Koordinatorin für Europapolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, moderierte die anschließende Diskussion.

Die vorliegende Publikation fasst die wichtigsten Ergebnisse der Diskussionsrunde zusammen, an der mehr als 130 Personen, hauptsächlich aus dem Bundestag und den Bundesministerien, den Berliner Think Tanks und den europäischen Botschaften sowie der freien Wirtschaft und der Medien, teilgenommen haben.



Eröffnet wurde die Veranstaltung durch Dr. Gerhard Wahlers (links), stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Claire Demesmay (Mitte), Leiterin des Frankreich-Programms der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und Matthias Petschke (rechts), Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland.

BINNENMARKT ALS „DAUERAUFGABE“

Konsens herrschte von Anfang an im Saal über die Tatsache, dass der Binnenmarkt der „Motor Europas“ sei und darüber, dass man mit Genugtuung auf die Erfolge der ersten zwanzig Jahre zurückblicken könne. Gleichzeitig müsse man sich aber der in Zukunft anstehenden Herausforderungen – insbesondere vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Krise in der Eurozone – bewusst sein. Wie Moderatorin Dr. Céline-Agathe Caro den Anwesenden in Erinnerung rief, hatte der frühere EU-Binnenmarktkommissar Frits Bolkestein beim zehnten Jahrestag aus Bedauern über die damalige Unvollständigkeit des Binnenmarktes den Vergleich bemüht, „als würden wir mit einem Ferrari im zweiten Gang durch die Gegend fahren“. Zehn Jahre später – so der Tenor der Podiumsteilnehmer – seien wir zwar im Hochschalten begriffen, aber noch nicht im höchsten Gang angekommen. Der Binnenmarkt sei also eine „Daueraufgabe“, die Europa noch einige Zeit beschäftigen werde.

Dr. Gerhard Wahlers hob zusätzlich hervor, dass der Binnenmarkt weit mehr sei als ein bloßes wirtschaftspolitisches Instrumentarium. Wie die EU an sich basiere auch der Binnenmarkt auf gemeinsamen Werten und habe zur Sicherung des Friedens in Europa beigetragen. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die EU sei ein Signal, den bisherigen Weg weiter fortzusetzen, gerade im Bereich des Binnenmarktes. Denn viele strukturelle Elemente der gegenwärtigen Krise, z. B. was Fragen der Wettbewerbsfähigkeit, des Steuerwesens und anderer Rahmenbedingungen betrifft, hingen unmittelbar mit dem Binnenmarkt zusammen, so Wahlers. Außerdem sei es aus Sicht von Schwellenländern wie China und Indien gerade der Binnenmarkt, der Europa als Ganzes interessant mache. Aus diesen Gründen müsse sich Europa und insbesondere auch Deutschland immer wieder die Wichtigkeit des Binnenmarktes vergegenwärtigen.

DER BINNENMARKT AUS DER SICHT DEUTSCHLANDS UND GROSSBRITANNIENS

Dr. Claire Demesmay gab zu bedenken, dass sich die Mitgliedsstaaten zwar grundsätzlich der Relevanz des Binnenmarktes bewusst, aber nicht gänzlich einig seien, wohin die Reise gehen solle. So stehe Frankreich beispielsweise Plänen zur weiteren Vertiefung des Binnenmarktes eher skeptisch gegenüber und setze stattdessen auf klassische Instrumente zur Ankurbelung der Nachfrage. Deutschland und Großbritannien hingegen würden hier eine andere Meinung vertreten.

Angesichts der Tatsache, dass sechzig Prozent der deutschen Exporte in andere EU-Länder gehen, gebe es keinen Zweifel, dass Deutschland vom Binnenmarkt profitiere, sagte Claudia Dörr. Daher sei der Binnenmarkt sowohl für die deutsche Regierung als auch die deutsche Wirtschaft ein sehr hohes Gut. Lutz Goebel führte den Erfolg Deutschlands auf dem europäischen Binnenmarkt auf eine Allianz aus innovativen Unternehmen, gut ausgebildeten Arbeitnehmern und einer Politik, die die geeigneten Rahmenbedingungen setzt, zurück. Aus Sicht von Claudia Dörr gab es in den vergangenen Jahren wenig Dynamik in der Binnenmarktpolitik, aber seit Ausbruch der Krise dränge er in den Vordergrund, sodass sich auch die Staats- und Regierungschefs wieder verstärkt mit dem Binnenmarkt auseinandersetzen. Sie hegte die Hoffnung, dass es vor dem Hintergrund der Krise eher möglich sei, das ihrer Meinung nach größte Hindernis im Binnenmarkt – nämlich die nationalen Interessen bei der Wahrung gewisser Besitzstände – zu überwinden. Die Binnenmarktakten seien ein Schritt in die richtige Richtung.

David Frost präsentierte Großbritannien als glühenden Verfechter einer weiteren Vertiefung des Binnenmarktes. Die Kommission habe 2007 festgestellt, dass der Binnenmarkt 2,8 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und das EU-BIP um 2,15 Prozent gesteigert habe. Laut einer neuen Studie des britischen Wirtschaftsministeriums würde das EU-BIP durch eine voll-

Prof. Dr. Michael Eilfort:
„Was den Binnenmarkt betrifft,
ist weniger mehr.“



ständige Integration des Binnenmarktes um weitere 4,6 Prozent steigen. Deshalb unterstütze Großbritannien die Binnenmarktakten und messe der Vertiefung des Binnenmarktes oberste Priorität bei. Hierfür wünschte er sich mehr Unterstützung von deutscher Seite. Deutschland und Großbritannien müssten stärker kooperieren und gemeinsam die Führungsrolle übernehmen, um den Binnenmarkt weiter zu verbessern, von dem beide Länder „so immens profitiert“ hätten. Letztere Einschätzung wird von der europäischen Bevölkerung allerdings keinesfalls uneingeschränkt geteilt.

IMAGEKAMPAGNE FÜR DEN BINNENMARKT: VORTEILE BESSER VERMITTELN

Daher waren sich Matthias Petschke, Dr. Andreas Schwab und Claudia Dörr einig, dass es wichtig sei, die Akzeptanz des Binnenmarktes in der Bevölkerung zu steigern. Besonders in der gegenwärtigen Krise, in der die EU als Ganzes in Frage gestellt wird, sei es problematisch, dass es in weiten Teilen der europäischen – und nicht zuletzt auch der deutschen – Öffentlichkeit kein ausreichendes Bewusstsein für die Vorteile des Binnenmarktes gebe, so Matthias Petschke. Es sei bedenklich, dass ausgerechnet die deutschen Bürger dem Binnenmarkt skeptischer gegenüber stünden als der europäische Durchschnitt, wie eine Umfrage der Kommission kürzlich ergab.

Claudia Dörr empfand es als besonders paradox, dass in vielen Drittländern regelrecht Neid über die Errungenschaften des Binnenmarktes herrsche, während die Europäer selbst diese nicht erkennen würden.

Viel Positives, das von der EU aufgrund des Binnenmarktes angestoßen wurde, wie beispielsweise die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen, würde zwar geschätzt, aber nicht dem Binnenmarkt zugeschrieben, so Matthias Petschke. Dr. Andreas Schwab und Claudia Dörr teilten diese Ansicht und

bedauerten, dass Verbraucher günstige und stabile Preise sowie die große Angebotsvielfalt kaum mit dem Binnenmarkt in Verbindung brächten. Ebenso wenig seien sich Arbeitnehmer bewusst, dass sie ihren Arbeitsplatz nicht nur ihrem Arbeitgeber oder der nationalen Wettbewerbsfähigkeit, sondern häufig auch dem Binnenmarkt zu verdanken haben. Während positive Errungenschaften des Binnenmarktes häufig unbemerkt blieben, würden negative Entwicklungen sehr wohl von der Öffentlichkeit wahrgenommen und häufig – sei es zu Recht oder zu Unrecht – dem Binnenmarkt angelastet.

Bei der Diagnose waren sich die Beteiligten einig; bei der Frage, wie die Akzeptanz des Binnenmarktes gesteigert werden könnte, weniger. Klar wurde, dass es kein leichtes Unterfangen ist. Für Prof. Michael Eilfort kam der Versuch einem Kampf gegen Windmühlen gleich. Dankbarkeit sei nun mal keine Kategorie der Politik. Genauso wie die Sozialpolitik und ähnliche Politikbereiche selten öffentliche Anerkennung erhielten, sei dies auch beim Binnenmarkt nicht zu erwarten. Die Kommission, so Matthias Petschke, versuche dennoch durch verschiedene Veranstaltungen und Maßnahmen in enger Zusammenarbeit mit den Medien, den Menschen in Europa die Vorteile des Binnenmarktes näherzubringen.

Dr. Andreas Schwab untermauerte die Vorteile mit Zahlen. So bezog er sich auf eine Studie von Prof. Lars Feld, einem der „Wirtschaftsweisen“, in der dieser zu dem Ergebnis kam, dass der Binnenmarkt bislang pro Jahr pro Land bis zu 0,8 Prozent zusätzliches Wachstum generiere. Der für den Binnenmarkt zuständige EU-Kommissar Michel Barnier sehe zudem ein zusätzliches jährliches Wachstumspotential von 0,4 Prozent über die kommenden zehn Jahre, wenn die Regeln des Binnenmarktes gestärkt würden, so Schwab weiter. Für Claudia Dörr wären gut kommunizierte Einzelbeispiele ein probateres Mittel als Zahlen, um das Image der EU und des Binnenmarktes zu verbessern. Als



Dr. Andreas Schwab MdEP (links): „Es ist von zentraler Bedeutung, die Akzeptanz des Binnenmarktes unter den Bürgern zu steigern.“

Lutz Goebel (rechts): „Der Erfolg des Binnenmarktes ist vor allem auch einem innovativen Unternehmertum und gut ausgebildeten Arbeitnehmern zu verdanken.“

Positivbeispiel führte sie die Begrenzung der Roaming-Gebühren innerhalb der EU auf. Hier sei es gelungen, der Bevölkerung klarzumachen, dass dies ein Verdienst der EU war.

VERTIEFUNG IST NICHT ALLES

Bei der Debatte zur Frage, wie der Binnenmarkt stärker zu Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit beitragen könne, wurde deutlich, dass es hier um mehr als nur die Entscheidung „mehr Vertiefung oder nicht“ geht. Vor allem Prof. Michael Eilfort, Lutz Goebel und Dr. Andreas Schwab warnten in diesem Zusammenhang vor zu viel Aktionismus von Seiten der Kommission. Manchmal könne weniger durchaus mehr sein. Um kurzfristige Wachstumsimpulse in Europa zu setzen, sei eine Konsolidierung der existierenden Rechtsakte und eine klare Schwerpunktsetzung möglicherweise zielführender als großangelegte neue Initiativen, deren Wirkung sich erst langfristig entfalten würde.

Schwerpunkte setzen

Lutz Goebel und Dr. Andreas Schwab riefen den Anwesenden ins Gedächtnis, dass es beim Binnenmarkt in erster Linie um die Durchsetzung der vier Grundfreiheiten (freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit und freier Kapital- und Zahlungsverkehr) gehe. Statt den Binnenmarkt thematisch zu überfrachten, gehe es darum, klare Schwerpunkte zu setzen, die darauf abzielen, die gravierendsten Hindernisse abzubauen. Grenzenlose Harmonisierung sei häufig nicht zielführend, so Lutz Goebel. Stattdessen müsse man in Europa eine gewisse Vielfalt aushalten, da Wachstum nun mal vor allem auf Grundlage von Produktivität und Wettbewerb entstehe.

Laut Prof. Michael Eilfort brauche eine europäische Soziale Marktwirtschaft planbare Rahmenbedingungen. Was sie aber nicht brauche, seien Rahmenpläne, wie

die jüngste Industrieinitiative der Kommission, die fast schon dem Ausrufen der „Dritten Industriellen Revolution“ gleichkomme und überzogene Erwartungen wecke. Er mahnte in diesem Zusammenhang mehr Demut seitens der Politik an. Der Binnenmarkt selbst schaffe nämlich überhaupt keine Arbeitsplätze, sondern dies sei immer zuerst eine Leistung der Bürger und Unternehmen. Wenngleich der Binnenmarkt eine notwendige Voraussetzung für Erfolg sei, ergänzte Lutz Goebel, könne er Fehler der Politik bei der konkreten Ausgestaltung, beispielsweise durch übermäßige Regulierung und Detailregelungen, nicht wettmachen. Kleine und mittlere Unternehmen seien davon besonders betroffen. Gesellschafts- und sozialpolitische Themen wie Frauenquote und CSR (Corporate Social Responsibility) müssten nicht notwendigerweise in Brüssel geregelt werden, pflichtete Prof. Michael Eilfort ihm bei. Beide Experten vertraten die Auffassung, dass im Binnenmarkt supranationale Lösungen nicht per se zu bevorzugen seien.

In Bezug auf Prof. Michael Eilforts Kritik an politischen Rahmenplänen entgegnete Matthias Petschke, dass der Binnenmarkt selbst das Produkt eines sehr umfangreichen Rahmenplans darstelle und dennoch ein Erfolg geworden sei. Unter dem damaligen Kommissionspräsidenten Jacques Delors sei die politische Vision eines europäischen Binnenmarktes durch einen durchaus programmierenden Ansatz im Rahmen der umfangreichen Einheitlichen Europäischen Akte realisiert worden (siehe dazu Exkurs 1). Auf Lutz Goebels Warnung vor unnötigen Detailregelungen aus Brüssel erwiderte er, dass dies ohnehin nicht der Philosophie der Kommission entspreche, da sie neben Regulierung immer auch auf Deregulierung setze. Ein gutes Beispiel für letzteres sei das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung von Gesetzen und Normen, dessen Anwendung die Kommission auszuweiten versuche. Dr. Andreas Schwabs Ruf nach einer klaren Schwerpunktsetzung sei in den Binnenmarktakten reflektiert, so Matthias Petschke weiter. Die Kommission habe sich



darin ganz bewusst auf die vielversprechendsten Maßnahmen konzentriert.

Binnenmarktregeln:

Qualität der Umsetzung verbessern

Eine bessere Umsetzung der bestehenden Rechtsakte im Binnenmarkt durch eine effektivere regulatorische Kontrolle ist David Frost und Dr. Andreas Schwab ein Kernanliegen. Im Rahmen des Binnenmarktes seien schon etwa 1.500 Richtlinien und 1.000 Verordnungen verabschiedet worden, die aber teilweise nur mangelhaft von den Mitgliedsstaaten umgesetzt wurden. Eine bessere Umsetzung sei daher mindestens ebenso wichtig wie der Erlass neuer Rechtsakte, um das Potenzial des Binnenmarktes besser auszuschöpfen, so Dr. Andreas Schwab. Hierfür bedürfe es „härterer Werkzeuge“, die Mitgliedstaaten wirkungsvoll zwingen, das Vereinbarte auch tatsächlich umzusetzen. Beispielsweise sei das Einleiten von Vertragsverletzungsverfahren vor dem Europäischen Gerichtshof zu beschleunigen. Außerdem seien Beamte in den nationalen Verwaltungen besser im EU-Recht zu unterrichten, um Umsetzungsproblemen vorzubeugen. David Frost for-

derte die Kommission überdies auf, ihre Befugnisse im Binnenmarkt stärker zu nutzen, um die Qualität der Umsetzung zu verbessern.

Die Kommission, so Matthias Petschke, wolle das Europäische Semester stärker nutzen, um mit den Mitgliedstaaten in Dialog zu treten und herauszufinden, warum die Umsetzung manchmal stockt oder nicht richtig erfolgt. Außerdem würden viele der vorgeschlagenen Maßnahmen in den Binnenmarktakten I und II darauf abzielen, ungenutztes Wachstumspotenzial im Rahmen existierender Rechtsakte auszuschöpfen, anstatt neue Gesetzesinitiativen zu starten.

DER TEUFEL STECKT IM DETAIL: POTENZIAL JA, ABER WO GENAU?

Obwohl grundsätzlich Konsens zwischen den Diskussionsteilnehmern herrschte, dass der Binnenmarkt noch ungenutztes Potential hat, ergab sich ein differenzierteres Bild, je genauer einzelne Bereiche beleuchtet wurden.



„Der Binnenmarkt war schon immer der Motor für unsere Wirtschaftsentwicklung und unseren Wohlstand. Und er ist heute mehr denn je unser größter Trumpf in der Krise.“

José Manuel Durão Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, April 2011



Dienstleistungsfreiheit durchsetzen

Eine der größten Baustellen des Binnenmarktes ist der Dienstleistungssektor. Hier waren sich die Podiumsteilnehmer nicht nur einig, dass es noch viel ungenutztes Potenzial gebe, sondern auch, dass es sich um einen politisch sensiblen Bereich handle, in dem es traditionell schwer sei, Vertiefung politisch durch- bzw. umzusetzen.

Als einer der Hauptgründe, warum die Dienstleistungsfreiheit die wohl am wenigsten durchgesetzte Freiheit im europäischen Binnenmarkt ist, gilt die Tatsache, dass die Deregulierung regulierter Berufe politisch höchst sensibel ist. Damit Stillstand in diesem Bereich nicht Fortschritte in anderen Bereichen des Dienstleistungssektors, wie beispielsweise bei der gegenseitigen Anerkennung von Abschlüssen, verhindert, plädierte die deutsche Regierung dafür, diese Themenbereiche getrennt zu verhandeln, erklärte Claudia Dörr. Als David Frost Deutschland eine defensive Haltung zum Dienstleistungssektor vorwarf, nannte sie die geplante Einführung eines europäischen Berufsausweises exemplarisch für Deutschlands durchaus „offensive Interessen“ in diesem Bereich. Ziel dieses Ausweises ist es, die Mobilität der Berufstätigen – vor allem regulierter Berufe – im europäischen Markt zu stärken. Des Weiteren forderte Claudia Dörr ihrerseits mehr Bewegung von Großbritannien bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen.

David Frost verknüpfte seine Kritik an Deutschlands vermeintlich defensiver Haltung mit einem Appell an die Bundesregierung, bei der Liberalisierung des Dienstleistungssektors gemeinsam mit Großbritannien eine Vorreiterrolle einzunehmen. Dieser Bereich habe für

die britische Regierung besondere Priorität, da sie sich von der vollständigen Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie 1,5 Prozent Wachstum verspreche. Deswegen begrüßte er auch, dass die Kommission dies als einen Schwerpunkt identifiziert hat. Dr. Andreas Schwab hingegen hielt das Wachstumspotenzial, das diesen Maßnahmen beigemessen wird, für „überschätzt“.

Ähnlich sah dies Claudia Dörr, die hervorhob, dass der Dienstleistungssektor stark von der industriellen Basis abhängt. Deshalb warnte sie davor, die Industriepolitik zu vernachlässigen. Als Beleg dafür, dass diese Befürchtung unbegründet sei, führte Matthias Petschke die jüngste Leitinitiative zur Industriepolitik und die geplante Durchführung von „Wettbewerbsfähigkeits-tests“ auf, die die Auswirkungen von Legislativvorschlägen auf die Wettbewerbsfähigkeit betroffener Industrien untersuchen werden.

Grenzüberschreitende Arbeitsmobilität fördern

Vor dem Hintergrund hoher (Jugend-)Arbeitslosigkeit insbesondere in den Südländern und des gleichzeitigen Fachkräftemangels in Ländern wie Deutschland identifizierten Matthias Petschke und Lutz Goebel die geringe grenzüberschreitende Mobilität der Arbeitnehmer als wichtige ökonomische und soziale Aufgabe. Europa könne es sich nicht leisten, dass beispielsweise junge Ingenieure in Spanien auf der Straße stehen und in Deutschland händelnd gesucht werden, so Lutz Goebel. Laut einer Kommissionsumfrage, auf die sich Matthias Petschke berief, seien Sprachunterschiede und Familie die Hauptgründe für die geringe Mobilität. Speziell bei deutschen Bürgern verhindere zudem die Angst vor einer schlechteren sozialen Sicherung im EU-Ausland mehr Mobilität. Neben den bereits erwähnten



David Frost: „Deutschland müsste seine Führungsrolle im Binnenmarkt konsequenter verfolgen und seine Märkte weiter liberalisieren.“

Maßnahmen im Dienstleistungssektor hob Matthias Petschke explizit die Vorhaben hervor, das EURES-Portal auszubauen, Schulabschlüsse besser vergleichbar und Betriebsrenten mobil zu machen (siehe dazu Exkurs 2 und 3). Flankiert werden diese europäischen Initiativen außerdem durch nationale Initiativen wie Deutschlands Programm zur „Förderung der beruflichen Mobilität von ausbildungsinteressierten Jugendlichen und arbeitslosen jungen Fachkräften aus Europa“, das seit Januar 2013 läuft und jungen Europäern die Ausbildung bzw. das Arbeiten in Deutschland erleichtern soll.

Infrastrukturnetze besser integrieren

Das Potenzial im Bereich der stärkeren Integration verschiedener Infrastrukturnetze kam mehrfach zur Sprache. Während Lutz Goebel eine europaweite Koordination der Stromnetze forderte, um Energie endlich europaweit handelbar zu machen, plädierte David Frost zusätzlich für integrierte Netze im Schienenverkehr. Matthias Petschke verwies hierbei auf die geplante Liberalisierung des inländischen Schienenpersonenverkehrs, des See- und Luftverkehrs sowie die Umsetzung des dritten Energiepakets (siehe dazu Exkurs 3).

Digitalen Binnenmarkt vertiefen

Claudia Dörr und Matthias Petschke sahen großes Potenzial in der Vertiefung des digitalen Binnenmarktes, was auch ein Schwerpunktthema der irischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2013 ist. Es gehe nicht darum, sagte Claudia Dörr, den klassischen Verkauf über die Theke durch Onlineshops zu ersetzen. Stattdessen seien Rahmenbedingungen zu schaffen, die neue europaweite Geschäftsmodelle mit echtem Mehrwert ermöglichen, die bislang aufgrund mangelnden Verbrauchervertrauens oder anderer Hindernisse nicht realisierbar waren. Wie in den Binnenmarktakten vorgesehen, müssten hierfür vor allem im Bereich der Haftung und Garantie Hindernisse abgebaut werden.

Bilaterale Freihandelsabkommen abschließen

Weiteres Wachstumspotenzial versprachen sich David Frost, Claudia Dörr und Lutz Goebel von bilateralen Freihandelsabkommen der EU mit Drittländern, insbesondere mit Industrieländern wie den USA und Japan. Die Aussicht auf Zugang zum europäischen Binnenmarkt mit seinen ca. 500 Millionen Verbrauchern sei ein Trumpf, der die EU in eine gute Verhandlungsposition versetze, um europäischen Unternehmen neue Absatzmöglichkeiten zu



„Wir müssen uns die Frage stellen: Wie muss der europäische Binnenmarkt gestaltet sein, damit er ein wirklich wichtiger Spieler auf den Weltmärkten sein kann? Das heißt, wir dürfen unseren europäischen Binnenmarkt nicht nur aus der internen europäischen Perspektive anschauen, sondern wir müssen vor allen Dingen dafür Sorge tragen, dass wir in Europa Unternehmen haben, die als schlagkräftige Akteure auch weltweit agieren können.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Rede beim Jahrestreffen 2013 des World Economic Forum in Davos



Claudia Dörr (links): „Die Vertiefung des digitalen Binnenmarktes könnte das Bürgervertrauen weiter steigern.“

Dr. Céline-Agathe Caro (rechts), Koordinatorin Europapolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, moderierte die Veranstaltung.

erschließen, so Claudia Dörr. Die Ankündigung der Aufnahme von Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Freihandelsabkommen vom 13. Februar 2013 zeigt exemplarisch, dass es hierbei Fortschritte gibt.

FAZIT

Unter den Podiumsteilnehmern herrschte Einigkeit darüber, dass der Binnenmarkt noch ungenutztes Potenzial hat. Die Binnenmarktakte wurden grundsätzlich als ein Schritt in die richtige Richtung gesehen. Dies darf aber nicht darüber hinweg täuschen, dass es unter den Akteuren durchaus unterschiedliche Meinungen zur Schwerpunktsetzung, zur Balance zwischen regulierenden und deregulierenden Maßnahmen und zum Grad der Vertiefung im Allgemeinen sowie in einzelnen Bereichen gab. Was die Diskussion definitiv zeigte, ist, dass der Binnenmarkt tatsächlich eine Daueraufgabe ist. Allerdings scheint vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Schulden- und Wirtschaftskrise der politische Wille vorhanden, diese Aufgabe entscheidend voranzutreiben, sei es durch eine bessere Umsetzung der bestehenden Regelungen, durch weitere Vertiefung in einzelnen Bereichen oder andere Maßnahmen. Die

Zeichen stehen also gut, dass beim dreißigsten Jahrestag auf die erzielten Fortschritte in der Ausschöpfung ungenutzter Potentiale und eine gestiegene Akzeptanz des Binnenmarktes in der Bevölkerung angestoßen werden kann.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist der Überzeugung, dass das Thema „Binnenmarkt“ ein christdemokratisches „Gewinnerthema“ ist, dem man gerade in der jetzigen Euro-Diskussion („Woher kommt zukünftiges Wachstum“?) und auch mit Blick auf die Wahl zum Europäischen Parlament 2014 mehr Beachtung schenken muss.

Aus diesem Grund wird die KAS die thematische Auseinandersetzung mit dem Binnenmarkt in Form einer Studie zu den „Potenzialen des Binnenmarkts“ in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftsforschung in Köln weiterführen. Die Diskussion des Gesprächskreises Europapolitik bildete dafür einen guten Auftakt.

„Der Binnenmarkt kann mehr für die Bürger wie auch für die Unternehmen in Europa tun. Die Binnenmarktakte II ist ein Appell an uns Politiker, uns an die Arbeit zu machen, unsere Gedanken zu fokussieren und Ergebnisse zu liefern. [...] Dies ist für uns die Chance, unseren größten Trumpf, nämlich den Binnenmarkt, auszuspielen, damit unsere Soziale Marktwirtschaft wieder wettbewerbsfähig wird und floriert.“

Michel Barnier, Mitglied der Europäischen Kommission, Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, Oktober 2012



EXKURS 1:

CHRONOLOGIE DES BINNENMARKTES

1985:

Die Kommission veröffentlicht einen umfassenden Plan für die Zusammenführung der fragmentierten nationalen Märkte zur Schaffung eines echten Binnenmarktes ohne Grenzen bis Ende 1992.

1986:

Die EU beschließt die Einheitliche Europäische Akte. Dadurch wird die Annahme bestimmter wichtiger Entscheidungen im Ministerrat mit einem Mehrheitsvotum ermöglicht, was von entscheidender Bedeutung für die Einhaltung der für 1992 gesetzten Frist ist.

1986 - 1992:

Es werden fast 280 einzelne Rechtsvorschriften von der EU erlassen. Damit sollen die bis dato abgeschotteten nationalen Märkte schlagartig geöffnet und die vier Grundfreiheiten verwirklicht werden. Eine einheitliche europäische Regelung ersetzt in vielen Bereichen die diversen einzelstaatlichen Vorschriften. Die Mitgliedstaaten einigen sich in anderen Bereichen darauf, statt dem Erlass neuer Rechtsvorschriften die jeweils in den anderen Ländern geltenden Gesetze und technische Normen anzuerkennen („Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung“).

1993:

Der Binnenmarkt wird für die damals zwölf EU-Länder Wirklichkeit.

1997 - 1999:

Die Kommission legt einen Aktionsplan für den Binnenmarkt vor, der vier strategische Ziele umfasst. So sollen die Vorschriften wirksamer gestaltet, die hauptsächlich Marktverzerrungen bewältigt, sektorspezifische Schranken abgebaut und die soziale Dimension des Binnenmarktes gestärkt werden. Für diese Ziele hat die Kommission spezifische Aktionen festgelegt, die bis Anfang 1999 durchgeführt werden müssen.

1999 - 2002:

Die Kommission legt eine fünfjährige Binnenmarktstrategie vor. Die übergeordneten Ziele, für die jeweils konkrete Maßnahmen in Form von Zielvorhaben definiert wurden, sind, die Lebensqualität der Bürger zu steigern, die Effizienz der Güter- und Kapitalmärkte der EU zu stärken und die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu verbessern.

2003 - 2005:

Für diesen Zeitraum legt die Kommission eine neue Binnenmarktstrategie in Form eines 10-Punkte-Plans vor. Die vorrangigen Aufgaben sind es, die Umsetzung und Durchsetzung des Binnenmarktrechts zu verbessern, den freien Dienstleistungsverkehr praktische Wirklichkeit werden zu lassen, die noch bestehenden Schranken für den Warenhandel zu beseitigen und den Märkten für öffentliche Ausschreibungen eine reale europäische Dimension zu verschaffen.

2006 - 2009:

Die Binnenmarktstrategie für diesen Zeitraum, dargelegt in der Mitteilung „Eine bürgernahe Agenda: konkrete Ergebnisse für Europa“ vom Mai 2006, ist vor allem der Überprüfung des Binnenmarktes gewidmet. Flankierend startet die Kommission im April 2006 eine breite öffentliche Konsultation zur Zukunft der Binnenmarktpolitik. Die Überprüfung und die Konsultation münden im November 2007 in der Mitteilung „Ein Binnenmarkt für das Europa des 21. Jahrhunderts“.

2010:

Prof. Mario Monti, ehemaliger EU-Kommissar und späterer Ministerpräsident Italiens, legt am 10. Mai seinen Bericht vor, der konkrete Optionen und Empfehlungen zur Neubelebung des Binnenmarktes als zentrales strategisches Ziel der Kommission enthält. Kommissionspräsident Barroso hatte ihn im Oktober 2009 mit dieser Aufgabe betraut.

2011:

Die Kommission legt die Binnenmarktakte I vor.

2012:

Die Kommission legt die Binnenmarktakte II vor.

Quelle: Europäische Kommission

(http://ec.europa.eu/internal_market/top_layer/historical_overview/index_de.htm)

(http://ec.europa.eu/internal_market/strategy/index_de.htm)

EXKURS 2: BINNENMARKTAKTE I

Die Binnenmarktakte I vom April 2011 enthielt folgende zwölf Hebel, jeweils mit einer Leitaktion, die bis 2012 eine Neubelebung des Binnenmarktes bewegen sollten:

1. Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen verbessern
2. Grenzüberschreitende Mobilität der Arbeitskräfte im Binnenmarkt fördern
3. Rechte des geistigen Eigentums stärken
4. Verbrauchervertrauen in den Binnenmarkt – insbesondere in den Online-Handel – stärken
5. Dienstleistungen: Normung ausweiten und vollständige Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie sicherstellen
6. Leistungsfähigere europäische Netze schaffen
7. Digitalen Binnenmarkt stärken
8. Soziales Unternehmertum fördern
9. Steuergesetzgebung an die neue Realität des Binnenmarktes anpassen
10. Sozialen Zusammenhalt im Binnenmarkt stärken
11. Regulierungsumfeld der Unternehmen durch Bürokratieabbau vereinfachen
12. Öffentliches Auftragswesen optimieren

Quelle: Europäische Union
(http://europa.eu/rapid/press-release_IP-11-469_de.htm?locale=de)

EXKURS 3: BINNENMARKTAKTE II

Die Binnenmarktakte II von Oktober 2012 enthält weitere zwölf Leitaktionen, die vier Hauptmotoren betreffen. Die Kommission wird die entsprechenden Legislativvorschläge bis zum Frühjahr 2013 und alle nicht legislativen Vorschläge bis Ende 2013 vorlegen. Das Europäische Parlament und der Rat sind aufgefordert, die Legislativvorschläge vorrangig zu behandeln und bis zum Frühjahr 2014 zu verabschieden. Die vier Hauptmotoren der Binnenmarktakte II sind folgende:

1. Integrierte Verkehrs- und Energienetze

Zur Schaffung effizienter und vollständig integrierter Verkehrs- und Energienetze sind die (i) Öffnung der inländischen Schienenpersonenverkehrsdienste, (ii) die Weiterentwicklung des Binnenmarktes für den

Seeverkehr; (iii) eine beschleunigte Realisierung des einheitlichen europäischen Luftraums sowie (iv) Maßnahmen, die auf eine wirksame Anwendung der bestehenden EU-Vorschriften für den Energiesektor abzielen, vorgesehen.

2. Grenzüberschreitende Mobilität von Bürgern und Unternehmen

Um bestehende rechtliche und praktische Hindernisse beim grenzüberschreitenden Verkehr abzubauen, schlägt die Kommission vor, (i) das EURES-Portals zu einem echten grenzübergreifenden Arbeitsvermittlungsinstrument weiterzuentwickeln, (ii) Vorschriften zur Mobilisierung langfristiger Investitionsfonds für private Unternehmen und langfristige Projekte einzuführen sowie (iii) Insolvenzverfahren, angefangen bei Fällen mit grenzüberschreitender Dimension, zu modernisieren und ein Umfeld zu fördern, das gescheiterten Unternehmern eine zweite Chance bietet.

3. Digitale Wirtschaft

Im Bestreben, den digitalen Binnenmarkt bis 2015 zu vollenden, schlägt die Kommission vor, (i) den elektronischen Geschäftsverkehr in der EU durch benutzerfreundlichere, vertrauenswürdiger und wettbewerbsfähiger Zahlungsdienste zu fördern, (ii) die Ursachen für mangelnde Investitionen in Hochgeschwindigkeits-Breitbandverbindungen (hohe Baukosten) zu beseitigen sowie (iii) die elektronische Rechnungsstellung bei öffentlichen Aufträgen zum Standardverfahren zu machen.

4. Soziales Unternehmertum, Zusammenhalt und Verbrauchervertrauen

Der Erfolg des Binnenmarktes hängt auch davon ab, inwieweit er wirtschaftliche und soziale Teilhabe ermöglicht. Verbraucher müssen Vertrauen haben und alle EU-Bürger müssen die Möglichkeit haben, die Chancen des Binnenmarktes zu nutzen. Dies will die Kommission mit (i) Hilfe konkreter Binnenmarktinstrumente zur Verbesserung der Produktsicherheitsvorschriften und ihrer praktischen Durchsetzung sowie (ii) Maßnahmen zur Gewährleistung eines breiten Zugangs zu einem Bankkonto, zur Sicherstellung transparenter und vergleichbarer Kontogebühren und zur Erleichterung eines Kontowechsels erreichen.

Quelle: Europäische Union
(http://europa.eu/rapid/press-release_IP-12-1054_de.htm?locale=en)



LITERATUR ZUM THEMA

- Roland Benedikter, Matthias Schäfer, Helena Wöhl Coelho: *„Europa kann nicht bleiben, was es ist – Lehren aus Europas Schuldenkrise: Versuch einer Gesamtschau“*, Sankt Augustin, 2013.
- Werner Becker, Horst Löchel, David Gregosz: *„Euro-Krisenmanagement: Warum die Politik auf dem richtigen Weg ist“*, Analysen & Argumente Nr. 116; Sankt Augustin, 2013.
- Dieter W. Benecke, Hubert Beusmans, Carl Johan Blydal, Paloma Ferrero de Paz, Stefan Gehrold, Raymond Gradus, Rémi Lallement, Jürgen Matthes, Joscha Ritz, Matthias Schäfer: *„Perspectives for a Common Stability Culture in Europe“*, Sankt Augustin/Berlin, 2013.
- Ralf Thomas Baus, Michael Borchard, Katja Gelinsky, Günter Krings (Hrsg.): *Die Finanzkrise als juristische Zeitenwende? Zur Zukunft von europäischer Integration und Grundgesetz.*, 7. Berliner Rechtspolitische Konferenz, Im Plenum, Sankt Augustin, 2013.
- Céline-Agathe Caro, Martina Wisser: *„Mehr Europa! Ja, aber wie? Aktuelle Herausforderungen in Deutschland und innerhalb der EU zur Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit“*, Expertengespräch in der Konrad-Adenauer-Stiftung, Im Plenum kompakt, Sankt Augustin, 2012.
- Céline-Agathe Caro, Lukas Röber: *„Ist die Krise noch zu überwinden? Zur aktuellen Lage in Europa nach dem EU-Gipfel am 28./29. Juni 2012“*, Analysen & Argumente Nr. 105; Sankt Augustin, 2012.
- Matthias Schäfer, David Gregosz, Eva Rindfleisch: *„Fragen und Antworten zur Eurokrise – Entwicklungen und Reformmaßnahmen seit der Griechenland-Krise“*, Berlin, 2012.
- Matthias Schäfer, David Gregosz: *„Perspektiven einer gemeinsamen Stabilitätskultur in Europa“*, Expertentagung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Im Plenum kompakt, Sankt Augustin, 2012.
- Werner Becker, David Gregosz: *„Der Euro – Währung für Europa. Wie ist die Bilanz der Gemeinschaftswährung zu beurteilen?“*, Berlin, 2012.
- Céline-Agathe Caro, David Gregosz: *„Warum brauchen wir den Euro? - Gute Gründe und populäre Irrtümer“*, Analysen & Argumente Nr. 95; Sankt Augustin, 2011.
- Matthias Schäfer, David Gregosz, Heribert Dieter, Henrik Enderlein, Lothar Funk, Günter Grosche, Bodo Herzog, Nils aus dem Moore, Max Otte, Hans-Jürgen Wagener: *„Verflochtene Krisen. Von der Finanzmarkt- zur Eurokrise“*, Lehren aus der Finanzmarktkrise – Ein Comeback der Sozialen Marktwirtschaft Band III, Berlin, 2010.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.,
Sankt Augustin/Berlin.

Text

Dr. Céline-Agathe Caro und Stefan Beierl

Fotos

Bundesbildstelle (S. 8); European
Commission – Audiovisual Service
(S. 9); Alle anderen Benjamin Gaul

Das Werk ist in allen seinen Teilen
urheberrechtlich geschützt, mit Aus-
nahme der frei zugänglichen Fotos.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung
der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
unzulässig. Das gilt insbesondere für
Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeiche-
rung in und Verarbeitung durch elek-
tronische Systeme.

© 2013

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN 978-3-944015-52-1

www.kas.de